

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 21

Ausgegeben am 18. Februar 1921

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Pariser Konferenzbeschlüsse

Von Heinrich Cunow

Die am 29. Januar auf der Pariser Ententekonferenz beschlossenen Wiedergutmachungs- oder, wie es neuerdings in manchen Blättern heißt, Reparationsforderungen haben zunächst, als sie in Deutschland bekannt wurden, im gesamten deutschen Volke, soweit es sich einen Begriff von der Ungeheuerlichkeit der ihm zugemuteten Belastung zu machen vermag, einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Selbst in sonst ziemlich nüchtern denkenden politischen Kreisen konnte man in der stürmischen Aufwallung der inneren Empörung über den »Wahnsinn« der Pariser Beschlüsse die Ansicht hören, die Rede des Reichsministers Dr. Simons im Reichstag wäre viel zu milde ausgefallen; er hätte im Stil des früheren preussischen Finanzministers Hergt mit offenem Widerstand gegen die von den Alliierten gestellten Forderungen drohen und wie dieser verkünden sollen, das deutsche Volk sähe lieber einem Ende mit Schrecken als einem Schrecken ohne Ende entgegen. Wohl begreiflich. Immer wieder hatte nach altem Rezept die liberale und zum Teil auch unsere Parteipresse vor und während der Tagung der alliierten Konferenz in Paris von dem wachsenden Widerstand Lloyd Georges gegen die Ansprüche Frankreichs, von der Einsicht der englischen Handelskreise in die traurigen Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands, von der zunehmenden Erkenntnis der völligen Undurchführbarkeit des Voulogner Entschädigungsplans und von der Wahrscheinlichkeit eines Auseinandergehens der Konferenzteilnehmer ohne feste Beschlussfassungen gesprochen — so daß die Pariser Beschlüsse manchen gleich einem Blitzschlag aus heilerem Himmel trafen.

In den acht Tagen, die seitdem vergangen sind, hat sich die Entrüstung über die an Deutschland gestellten unsinnigen Forderungen wesentlich gemildert — eine Tatsache, die in der deutschen Presse deutlich zum Ausdruck kommt. Nicht weil man heute in den politisch denkenden Kreisen über die dem deutschen Volke zuge dachte Steuerlast anders denkt, auch nicht, weil man auf eine sehr wesentliche Ermäßigung dieser Forderungen durch die zum 1. März nach London berufene neue Konferenz rechnet — im ganzen ist doch die Zahl der anglophilen Optimisten, die noch immer hoffnungsfellig nach Englands Gestade starren, ziemlich unbeträchtlich —, sondern weil man bei der Nachprüfung der Pariser Beschlüsse und der Erwägung ihrer Durchführbarkeit immer mehr zu der Erkenntnis gekommen ist, daß sie einen Schlag ins Wasser bedeuten, da jeder ernsthafte Versuch, sie ohne Einwilligung und Unterschrift der deutschen Reichsregierung gewaltsam durchzusetzen, zum Erweis ihrer völligen Unmöglichkeit und Nutzlosigkeit führen muß. Zwar würde solcher Versuch zunächst wohl Deutschlands Wirtschaftsleben schwer schädigen, zugleich aber auch Frankreichs Wirtschaftsgetriebe

treffen. Jedenfalls aber würde Frankreich den von ihm verfolgten nächsten Zweck, seine drückende finanzielle Lage zu erleichtern und einen wesentlichen Teil seiner starken Verschuldung an die Vereinigten Staaten dadurch loszuwerden, daß es die jetzigen amerikanischen Schuldforderungen an Frankreich durch solche an Deutschland ersetzt, in keinem Fall erreichen. Und noch weniger würde es Frankreich gelingen, auf Grund nicht anerkannter Zwangsforderungen, ohne von der deutschen Regierung unterschriebene Bonds in Händen zu haben, die geplante große amerikanische Anleihe aufzunehmen, deren es dringend bedarf.

Es hat keinen Zweck, hier die Berechnungen zu wiederholen, die in letzter Woche bereits von manchen Tagesblättern aufgestellt sind, und nochmals im einzelnen nachzuweisen, daß die Pariser Forderungen, nach dem heutigen Wechselkurse berechnet, sich auf mehr als 3000 Milliarden Papiermark belaufen, ohne die verlangten Requisitionsvergütungen, die Kosten der fremden Besatzungsarmeen und die Ausgaben für die geplanten fremden Zollkommissionen sowie die schon heute in Deutschland tätigen Finanz-, Entwaffnungs-, Überwachungskommissionen usw. Eine solche Berechnung mag insofern ihren Wert haben, als sie uns die enorme Höhe der französisch-englischen Forderungen veranschaulicht; aber daran, daß jemals diese Forderungen in ihrer Gesamtheit realisiert werden, glaubt wohl kein Politiker, ob Sozialist, Liberaler oder Konservativer, setzt doch eine solche Realisation voraus, daß in den nächsten 42 Jahren die heutige politische Gesamtverfassung Europas sich nicht wesentlich ändert, während jede kritische Betrachtung die jetzige politische Gestaltung Europas als ein Interimistikum erweist, das keinen langen Bestand haben kann.

Betrachten wir also nur, welche Last schon für die nächsten beiden Jahre die Pariser Beschlüsse dem deutschen Volk auferlegen würden, obgleich außer den eben erwähnten Kosten für Besatzungsarmeen, fremde Kommissionen usw. vorerst nur eine Entschädigungssumme von 2 Milliarden Goldmark und eine Abgabe von $12\frac{1}{2}$ Prozent des Wertes der deutschen Ausfuhr gefordert wird. Rechnen wir die Goldmark nach dem jetzigen Dollarkurs in Papiermark um, so ergibt sich 1 Goldmark gleich 15 Papiermark. Demnach beträgt die Wiedergutmachungssumme, die für das Jahr 1921 gefordert wird, 30 Milliarden Mark. Dazu kommt die Ausfuhrabgabe, die von den meisten französischen Blättern auf 1 Milliarde, von Briand sogar auf ungefähr 1,2 Milliarden Goldmark geschätzt wird — eine Schätzung, die ein drastisches Beispiel der französischen Rechenkunst bietet. Weil nämlich in den Jahren 1912 und 1913 die damalige deutsche Ausfuhr im Spezialhandel einen Wert von 8957 bzw. 10 097 Millionen Goldmark gehabt hat, nimmt man ohne weiteres in Frankreich an, daß sich 1921 die Ausfuhr ungefähr ebenso hoch im Wert stellen, also eine $12\frac{1}{2}$ prozentige Abgabe mindestens 1 Milliarde Goldmark bringen dürfte. Aber hat denn Deutschland heute noch denselben Umfang wie 1913, steht sein Wirtschaftsgetriebe noch auf derselben Stufe der Leistungsfähigkeit, nimmt es noch dieselbe Stellung innerhalb der Weltwirtschaft ein, erhält es noch zu relativ gleich niedrigen Preisen die benötigten Rohstoffe? Alle derartige Fragen bekümmern jedoch die französischen Rechengenieß nicht; sie nehmen einfach 1 Milliarde Goldmark als Abgabenergebnis an. Das macht weitere 15 Milliarden Papiermark. Danach hätte also das Deutsche Reich im Jahre

1921 ungefähr 45 Milliarden Mark an Entschädigung (ungerechnet Besatzungskosten, Rückerstattungen usw.) zu zahlen.

Woher sollen diese Milliarden kommen? Kann diese Summe noch neben all den Steuern — die übrigens noch immer nicht entfernt die nötigsten Reichs- und Landesausgaben decken — aus der deutschen Bevölkerung herausgequetscht werden? Ungefähr 700 Mark pro Kopf der Bevölkerung! Oder können wir ohne weiteres unsere Produktion und unseren Export im gleichen Maße steigern und unsere Zahlungsbilanz um die geforderte Summe aktiv gestalten? Das würde heißen, da die deutsche Zahlungsbilanz nach der Berechnung des Reichsbankpräsidenten Havenstein ohnehin noch um 36 Milliarden passiv ist, die Jahresausfuhr demnach zu heben, daß sie um 81 Milliarden Papiermark aktiv wird. Ist das möglich?

Theoretisch bietet sich nur ein Weg: erstens den deutschen Inlandskonsum noch beträchtlich weiter herabzusetzen, also vom inneren Verbrauch so viel abzuknappen, daß dadurch große Warenmengen zur Lieferung an das Ausland frei werden, und zweitens zugleich die Produktion ganz erheblich zu steigern. Läßt sich dieser Weg beschreiten und beides miteinander vereinen? Leugnen läßt sich nicht, daß in den Kreisen mancher Kriegsgewinnler und Finanzspekulanten noch immer zum Forttrott Champagner und französische Delikatessen serviert werden, aber in dem weitaus größten Teil des deutschen Volkes steht die Lebenshaltung heute tief unter dem früheren Niveau, und eine noch tiefere Herabdrückung würde sicherlich nicht die Leistungsfähigkeit und damit die zur Ausfuhr freie Warenmenge steigern. Im Gegenteil, soll der Arbeitseifer und die Arbeitsleistung gehoben werden, muß die ungenügende Ernährung breiter Volksschichten verbessert, der inländische Konsum also vermehrt werden. Zudem kann aber die Steigerung der Produktivität nur allmählich erfolgen, und zu dieser Steigerung sind außer gutgenährten Arbeitern billige Rohstoffe, Maschinen, Kohlen und Transportmittel sowie gute Absatzgelegenheiten im Ausland erforderlich. Die Rohstoffe sind bislang, bevor die jetzige Weltwirtschaftskrise zum Abstoß nötigte, auf den meisten ausländischen Rohstoffmärkten künstlich hochgehalten worden, die deutschen Maschinen wurden während des Krieges größtenteils sehr abgenutzt, die für industrielle Zwecke zur Verfügung stehende Kohlenmenge ist durch die von der Entente erzwungene Kohlenlieferung an Frankreich beträchtlich eingeschränkt worden, und die Transportkosten haben sich infolge der Ablieferung von Schiffen, Lokomotiven, Eisenbahnwagen usw. an die Entente enorm erhöht.

Unter solchen Umständen zeugt die Forderung einer schnellen und großen Produktionssteigerung von einer völligen Ignorierung aller bisherigen volkswirtschaftlichen Erfahrung. Es klang ja recht schön, als Herr Briand in seiner sorgfältig stilisierten Kammerrede sagte, Deutschland hätte die Pflicht, seine Arbeitsleistung erheblich zu steigern, jedes Jahr neue Reichtümer zu schaffen, seine Ausfuhr somit zu erhöhen und seine Einfuhr einzuschränken. Sehr klug und weise; ist es aber dann nicht ein Anstirn, den Kohlenverbrauch der deutschen Industrie einzuschränken, die deutsche Ausfuhr durch Auflegung einer Ausfuhrabgabe von 12½ Prozent und durch sogenannte Antidumpinggesetze zu erschweren und durch die lange Offenhaltung des bekannten Loches im Westen die Einfuhr von allerlei Luxuswaren und Delikatessen in Deutschland zu erleichtern?

Wollen Frankreich und England, daß das deutsche Volk Riesenentschädigungssummen zahlen soll, dürfen sie nicht seine Mehrproduktion und seinen Export durch die unsinnigsten Gegenmaßnahmen hindern, sondern sie müssen die deutsche Produktionskraft sich zunächst erholen und möglichst frei entwickeln lassen. Mit der Wirtschaftspolitik, die beide Mächte seit Kriegsende gegenüber Deutschland betreiben und die auch in den Pariser Beschlüssen wieder zum Ausdruck kommt, begünstigen sie lediglich die Zunahme der Rostenflut, die Valutaverschlechterung und damit die Verteuerung der fremden Rohstoffe für die deutsche Industrie.

Freilich, wenn auch in ihren Konsequenzen widersinnig, hat doch die von Frankreich besorgte Wiedergutmachungspolitik ihre Gründe. Frankreich möchte Deutschlands Export steigern, zugleich aber dessen Konkurrenz abwehren und seine eigene Ausfuhr nach Deutschland erhöhen. Es möchte seine zerstörten Gebiete wieder aufbauen und doch Deutschland nur solche Materialien zu billigsten Preisen liefern lassen, die Frankreich nicht selbst in einem einigermaßen zureichenden Maße produziert. Es möchte, daß es mit dem Wiederaufbau in Nordfrankreich schneller vorwärts gehe, aber es kann sich nicht entschließen, deutsche Bauarbeiter hereinzulassen, da diese den französischen Arbeitern vielleicht Arbeit wegnehmen und sie sozialistisch infizieren könnten. Es möchte möglichst viel Geld aus Deutschland herauspressen, seine Finanzen sanieren und doch diesem nicht die Möglichkeit bieten, sich finanziell zu erholen und auf dem Kontinent wieder eine wirtschaftlich starke Position zu gewinnen. Natürlich ergibt sich daraus eine Politik der langsamsten Widersprüche.

Die französische Finanzpraxis war während des Krieges ebenso miserabel wie die deutsche. Zur Deckung der Kriegsausgaben wurde eine Anleihe nach der anderen aufgenommen. Die Folge ist, daß heute Frankreich dem Onkel Sam jenseits des Ozeans über 17 Milliarden Franken schuldet und infolge seiner schlechten Valuta zu sehr hohen Dollarrimmessen für Zinsen und Tilgung gezwungen ist. Diese Forderung, die Amerika an Frankreich hat, möchte, wie schon erwähnt, die Regierung in Paris gern in eine Forderung Amerikas an Deutschland umwandeln und zugleich die Werkunterlage für die Aufnahme einer neuen großen ausländischen Anleihe, wenn möglich in New York, gewinnen.

Diesem Zwecke soll die französische Forderung dienen, daß an die Stelle der im § 232 des Versailler Friedensvertrags vorgesehenen unbestimmten veränderlichen deutschen Jahresleistungen feste Annuitäten, das heißt von der deutschen Regierung unterschriebene, also Deutschland zur Zahlung an bestimmten Terminen verpflichtende Bonds treten, und zwar sollen diese Bonds gleich für den ganzen Zeitraum von zwei- und vierzig Jahren, nach ihrer Fälligkeit in Raten geteilt, ausgeliefert werden. Aber wird Deutschland immer zahlungsfähig sein und die Termine einhalten? Und ferner: werden diese Bonds in Amerika als sicher genug angesehen werden? Daran zweifelt man in Paris. Gern möchte man deshalb ein greifbares, sicheres Pfand haben. Daher die Forderung, daß die Verwallung der deutschen Zolleinnahmen unter französisch-englische Aufsicht gestellt wird und, falls Deutschland zahlungsunfähig werden sollte, von der Entente in eigene Hand übernommen werden kann. Deshalb ferner die Forderung, daß, damit die ausgegebenen Bonds nicht durch Aufnahme neuer

deutscher Anleihen während der Dauer der Zahlungsverpflichtung entwertet werden, das Deutsche Reich während dieser Zeit keine Anleihen ohne Genehmigung der Ententestaaten aufnehmen, also keine neuen Schuldverschreibungen ausgeben darf.

Das sind die Motive, welche die französische Regierung zu ihren Zahlungsforderungen bewegen, und von diesen Gesichtspunkten muß man die Pariser Konferenzbeschlüsse betrachten. Sie sind keineswegs, wie in einigen Blättern zu lesen ist, Produkte einer überhitzten Phantasie.

Aber wie kommt England oder vielmehr Lloyd George dazu, diese französischen Pläne zu unterstützen und sogar die Belastung der deutschen Ausfuhr mit einer 12 $\frac{1}{2}$ prozentigen Wertabgabe gutzuheißen? Ein ansehnlicher Teil der englischen Handelsbourgeoisie und vornehmlich der Finanz ist doch, wie verschiedene Proteste beweisen, durchaus nicht mit dem französischen Zahlungsplan einverstanden, und der Kongreß der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei hat erst jüngst wieder unter dem Eindruck der englischen Wirtschaftskrise erklärt, daß er völlige Handelsfreiheit mit Mitteleuropa und Rußland, Stabilisierung der Wechselkurse und Organisation der Kredite verlangt. Weshalb überhört Lloyd George diese Äußerungen? Hat er sich tatsächlich von dem diplomatisch gewandteren Briand einwickeln lassen?

Durchaus nicht. Wenn in letzter Zeit manche deutschen Zeitungen unter ihren englischen Pressestimmen fast ausschließlich abfällige Meinungen über die Pariser Konferenzbeschlüsse gebracht haben, so darf daraus nicht gefolgert werden, daß die ganze oder auch nur der größte Teil der englischen Bourgeoisie so denkt. Wer näher zusieht, wird finden, daß die Mißbilligungen zumeist aus Finanz- und Exportkreisen kommen. In den Kreisen der Industriellen fürchtet man die Wiedererstarkung der deutschen Konkurrenz und findet in dem 12 $\frac{1}{2}$ prozentigen Ausfuhrzoll ein recht nützlich Mittel, den durch den niedrigen Stand der deutschen Valuta begünstigten deutschen Export vom englischen Markt fernzuhalten oder wenigstens seine Konkurrenzfähigkeit einzuschränken. Ist diese Ausfuhrabgabe auch nicht das verlangte Antidumpinggesetz, so ist doch ihre Wirkung eine ähnliche.

Die eigentliche Erklärung für Lloyd Georges Verhalten und für seine den englischen Präntensionen in geschickter Weise Rechnung tragende Rede in Birmingham liegt jedoch, wie schon im vorigen Heft der Neuen Zeit kurz ausgeführt wurde, a u f a u ß e n p o l i t i s c h e m G e b i e t. Will England auf dem europäischen Kontinent auch fernerhin eine entscheidende Rolle spielen, so vermag es das nur im Bündnis mit Frankreich. Und noch mehr ist es in seiner Orientpolitik auf die Duldung und Unterstützung seines gallischen Alliierten angewiesen. Dazu kommt, daß in Kanada und Australien nicht nur die Selbständigkeitsbestrebungen immer breiteren Boden gewinnen, sondern sich auch eine fortschreitende Annäherung beider Staaten an die nordamerikanische Union vollzieht, und daß ferner am Horizont, wenn auch vorerst nur in dunklen Umrissen, die Anzeichen eines herannahenden hartnäckigen wirtschaftlichen Rivalitätskampfes zwischen Amerika und England auftauchen, in welchem Frankreich an seiner Seite zu haben für England von größter Bedeutung sein könnte.

Vielleicht wird sich dereinst herausstellen, daß Lloyd George zu seiner Haltung auf der jüngsten Pariser Ententekonferenz durch allerlei geheime Zusicherungen der fran-

jösischen Regierung bezüglich der englischen Machtbestrebungen im Orient bestimmt worden ist. Mit Englands eigener »Einsicht« und Widerstandskraft gegen die französischen Forderungen auf der demnächst in London stattfindenden neuen Konferenz ist daher auch nur in geringem Maße zu rechnen.

Weit wichtiger ist die Stellungnahme der Vereinigten Staaten von Amerika zu den Pariser Konferenzbeschlüssen. Auch diese Macht ist durchaus geneigt, Frankreich eine hohe Kriegsschädigung zuzubilligen — schon deshalb, weil nach amerikanischer Ansicht Frankreich infolge seiner finanziellen Bedrängnis und der hohen Kosten des Wiederaufbaus seiner zerstörten Gebiete seinen Zahlungsverpflichtungen gegen Amerika nicht nachzukommen vermag, wenn es nicht hohe Kriegsschädigungen erhält. Aber Deutschland darf deshalb nicht wirtschaftlich erdrückt und der mitteleuropäische Markt nicht aus dem internationalen Wirtschaftsverkehr ausgeschaltet werden. An der Verhütung eines solchen Resultats hat auch die Union, die hohe Werte in Deutschland angelegt hat, ein hervorragendes Interesse. Deshalb müssen nach amerikanischer Ansicht die Zahlungsbedingungen so gehalten sein, daß sie Deutschland den langsamen Wiederaufstieg ermöglichen. Die von Frankreich geforderte Summe gilt durchweg — wenigstens ist es das Urteil des größten Teiles der Bankfinanz, der Rohstoffproduzenten und der Großhandelskreise — als zu hoch, die 12½-prozentige Ausfuhrabgabe als eine den deutschen Warenhandel schädigende verkehrte Forderung. Vor allem aber darf die im Versailler Friedensvertrag festgesetzte Abzahlungsfrist von 30 Jahren nicht ohne weiteres auf 42 Jahre verlängert werden. Die erste Bedingung einer wirtschaftlichen Rekonvaleszenz Europas sieht man drüben in der Verringerung der enormen Heeresetats, das heißt in einer allgemeinen Abrüstung.

Und die nordamerikanische Union ist heute infolge ihrer finanziellen Überlegenheit ein Machtfaktor höchsten Ranges in der Wirtschaftspolitik der Ententestaaten, denn fast alle, auch England, das heute noch Amerika 867 Millionen Pfund Sterling schuldet, sind auf amerikanische Kredite und Finanzhilfe angewiesen. Wenn Amerika ernstlich will — wenn es zum Beispiel die von Deutschland geforderten Bonds für nicht akzeptabel, beziehungsweise als nicht sicher genug für die von Frankreich beabsichtigten Finanzoperationen erklärt, wird der Hauptzweck der Pariser Konferenzbeschlüsse völlig hinfällig. Das erklärt auch die Rücksicht, welche die leitende englische Presse auf die amerikanische Meinung nimmt, und die Beflissenheit, mit welcher sie die Äußerungen der hervorragenden amerikanischen Politiker und Finanzgrößen über die Pariser Abmachungen registriert. Das erklärt ferner Briands öffentlichen, halb dramatischen, halb sentimental flehenden Appell an die nordamerikanische Union.

Aus dieser Lage ergibt sich nicht, daß Deutschland, auf Amerikas Hilfe hoffend, sich einfach ablehnend gegen die Beschlüsse der Pariser Konferenz verhalten soll. Die von den konservativen Strategen empfohlene Widerstandstaktik wäre das Dümme, was das deutsche Volk tun könnte, um seine berechtigten Ansprüche auf Lebensfreiheit geltend zu machen. Es ist besieg und hat, soweit es kann, die Kosten für den Wiederaufbau der zerstörten französischen Gebiete zu tragen. Es muß deshalb auch durch seine Vertreter der Londoner Konferenz Wiedergutmachungsvorschläge unterbreiten, die

Frankreich in seiner Finanzlage gestatten, alsbald einen Teil seiner Forderungen und Finanzpläne zu realisieren, wie schwer das auch dem Deutschen Reich in seiner heutigen Schwäche fallen mag; aber die Summe und den Zahlungsmodus, den ihm die Pariser Beschlüsse vorschreiben, kann es und braucht es nicht anzunehmen. Wenn es einig und fest entschlossen in der Abwehr der ihm zugeordneten unmöglichen Belastungen bleibt, wird die Macht der wirtschaftlichen Tatsachen die Pariser Beschlüsse zwangsläufig revidieren.

Das Fiasko der Besitzsteuern

Von Wilhelm Keil

In den letzten Wochen haben wir im Reichstag das Vorspiel der schweren Kämpfe erlebt, die dem deutschen Volke in den nächsten Monaten auf dem Gebiet der Steuerpolitik bevorstehen.

Die Reichsschuld wächst lawinenartig an. Die Papiergeldflut steigt und steigt. Der Wert der Papiermark sinkt in Intervallen tiefer und tiefer. Die Aussicht auf Erholung der deutschen Valuta wird täglich geringer. Der Fehlbetrag des Reichshaushalts nimmt unübersehbare Dimensionen an. Die Länder und Gemeinden sind gleichfalls überschuldet und können die Gelder für die allernotwendigsten Aufgaben nicht mehr beschaffen. Von den Forderungen der Entente, deren gewalttätige Eintreibung sofort zur Erstarrung des deutschen Wirtschafts- und Volkslebens führen müßte, gar nicht zu reden.

Bei diesem Stand der Dinge müßte eine gewissenhafte und weitsichtige Finanzpolitik alle Kräfte darauf verwenden, zunächst einmal die schweren Sünden, soweit als noch möglich, gutzumachen, die das alte kaiserliche Regime auf dem Gewissen hat. Diese Sünden bestanden aus steuerlichem Gebiet darin, daß während der ganzen langen Kriegszeit auf die Erhebung wirklicher Besitzsteuern verzichtet wurde, damit den für die Pflege der Annexionsgelüste maßgebenden Volkskreisen die Laune nicht verdorben werde. Die — übrigens erst im vierten Kriegsjahr zur Erhebung gelangte — Steuer vom Mehrerwerb der Erwerbsgesellschaften war keine Besitzsteuer, sondern stellte nur die Rückerstattung eines kleinen Bruchteils der Riesenprofite dar, die dem um Sein oder Nichtsein kämpfenden Deutschen Reich von den Vollblutpatrioten abgezapft wurden. Und auch diesen Bruchteil verstanden die Kriegsverdiener wieder reichlich hereinzubringen durch unbegrenzte Preisausschläge für neue Aufträge. Auch der sogenannte »solide alte Besitz«, der keine großen Kriegsgeschäfte gemacht haben soll, bekam von den Wirkungen des Krieges herzlich wenig zu spüren. Steuern, die ihn zu treffen geeignet gewesen wären, wurden nicht eingeführt. Die einmalige kleine Vermögenssteuer von 1918 war völlig belanglos. Desto kräftiger wurden die beschloßenen Volksmassen mit Verkehrs- und Verbrauchssteuern — vom erhöhten Frachtbriefstempel bis zur allgemeinen Warenumsatz- und Kohlensteuer — erfaßt, die ihr redlich Teil zu den Preissteigerungen auf allen Gebieten des Warenverkehrs beigetragen haben.

Da mit dem Einsturz des alten Staatsgebäudes die lieberliche Finanzwirtschaft ein Ende nehmen mußte, die nach Helfferichs leuchtendem Vorbild über vier Jahre betrieben worden war, indem man die ordentlichen Reichsausgaben um Milliarden kleiner, die Einnahmen um Milliarden